

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint

wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G.-Mk. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsgespaltene 3 mm hohe (Bett) Zeile über deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entprechender Rabatt. Kleinanzeigen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Verantwortlichkeit und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postcheckkonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.

Annahmegröße für Offerten und Anzeigen beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 139. Dienstag, den 23. November 1926. 19. Jahrgang.

Eines andern Pein empfinden,
Süßel nicht barmherzig sein;
Recht barmherzig sein will heißen:
Wenden eines andern Pein.

Der kranke Frank.

Der französische Ministerpräsident Poincaré und der Unterrichtsminister Herriot wohnen am Sonntag der Einweihung einer Fachschule in Paris in den Pyrenäen bei. Aus diesem Anlaß hatten die südlichen Behörden ein Banlett veranstaltet, in dessen Verlauf Poincaré eine politische bedeutende Rede hielt. Im Gegensatz zu seinen früheren Sonntagsreden, die stets von den heftigsten Ausfällen gegen Deutschland klangen, beschäftigte sich Poincaré diesmal fast ausschließlich mit innenpolitischen Fragen, wobei er insbesondere auf die kritische finanzielle Lage Frankreichs einging, ohne allerdings irgendwelche programatische Erklärungen über seine zukünftigen finanzpolitischen Absichten abzugeben.

Zu Beginn seiner fast pessimistisch gefärbten Ausführungen wies Poincaré darauf hin, daß ebenso wie in den schlimmsten Tagen des Krieges auch diesmal die ganze Zukunft Frankreichs auf dem Spiele stehe, nicht nur die Zukunft der Finanzen und der Währung, nicht nur das materielle Wohlergehen des Staates und das Schicksal der kleinen Privatvermögen, sondern auch die moralische Macht des Landes und sogar die Unabhängigkeit seiner Politik. Bei der Frankfurter Rede habe er sich, so führte der Ministerpräsident weiter aus, um ein langwieriges Werk, das die Regierung der nationalen Einigkeit vorzunehmen habe. Durch übertriebene Maßnahmen würde die Hoffnung auf eine dauernde Besserung der französischen Verhältnisse zunichte gemacht werden. Ein nur kurzer Waffenstillstand der Parteien könne Frankreich nicht davon retten, schon morgen in den Abgrund zu stürzen, in den es schon einmal beinahe hinabgefallen wäre. Gewiß könne man die Regierung stärken und neue Männer berufen, aber das System nationaler Zusammenarbeit werde man noch sehr nötig haben.

Herriot, der nach Poincaré das Wort erhielt, erwähnte ebenfalls die gegenwärtige Lage Frankreichs. Er sei sehr ernst und ermahnte die Parteien zur Einigkeit. Unter Hinweis auf die grundsätzliche politische Abgrenzung zwischen ihm und Poincaré erklärte er, daß die Mutter nicht bekämpfen dürfen. Seine Partei nehme es sich zur Ehre an, stets eine nationale und eine demokratische Partei gewesen zu sein. Sie habe dem Vater der freien Welt die Ehre geleistet.

Unwärtsbewegung des Frank ist von den ausländischen Börsenplätzen, wie New York, London und Amsterdam ausgegangen, die an einer Franksteigerung heute das größte Interesse haben. Die französische Regierung hat nämlich vor kurzem, als das englische Pfund noch 160 bis 170 Frank kostete, umfangreiche Devisenkäufe vorgenommen. Durch das plötzliche Fallen der fremden Devisen — das Pfund kostete am Montag nur noch etwa 132 Frank — hat sie bereits bedeutende Verluste erlitten, während die internationale Spekulation durch das rapide Ansteigen des Frank ganz außerordentliche Gewinne erzielt hat, die der französische Steuerzahler zu bezahlen hat.

Die Aufregung der französischen Öffentlichkeit ist deshalb nur zu begreiflich. Dabei müssen die französischen Wirtschaftskreise damit rechnen, daß die plötzliche Frankbesserung eines Tages ins Gegenteil umschlagen kann, sowie die jetzigen Käufer der auf den Markt geworfenen Franknoten sich ihres Besitzes wieder entledigen werden. Kurz, niemand in Frankreich, weder unter den Finanzleuten, noch unter den Gewerbetreibenden fühlt sich sehr wohl bei der heutigen Situation und jedermann erwartet, daß Poincaré sich endlich als der starke Mann erweist, als der er bisher stets gebüchelt wurde. Die nächsten Wochen werden zeigen, ob es Poincaré wieder gelingt, die Entwicklung der französischen Devisen in die eigene Hand zu bekommen.

Wirtschaftspolitische Fragen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns über die sozialpolitischen Leistungen des neuen Staates.

Die Dortmunder Ortsgruppe des Deutschen Gewerkschaftsbundes und das Bezirksamt der Christlichen Gewerkschaften veranstalteten eine gemeinsame Kundgebung, in deren Mittelpunkt eine Rede des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns stand. Einleitend gab der Minister einen Überblick über die Entwicklung der Sozialpolitik. Einen wichtigen Fortschritt auf sozialrechtlichem Gebiete bilde der Entwurf des Arbeitsgerichtsgesetzes, der jetzt dem Sozialausschuß des Reichstages vorliegt. Die Gewerkschaften seien die Grundlage der ganzen Arbeitsverfassung. Eine Entscheidung wie der große englische Bergarbeiterstreik, an dem die englische Wirtschaft während eines halben Jahres allmählich verbrühte, sei in Deutschland nicht möglich. Dennoch habe es auch bei uns nicht an bedeutungsvollen Folgen der Wirtschaftskrise gefehlt. Im Jahre 1923 seien 54 Millionen verlorene Arbeitstage, 1924 deren 29 Millionen und 1925 immer noch 16 Millionen zu verzeichnen gewesen.

Auf die finanzielle Tragbarkeit der Sozialpolitik eingehend, gab der Minister an, daß vom Reich allein im Rahmen des Tätigkeitsbereiches des Arbeitsministeriums für soziale Zwecke im Jahre 1925 mehr als 1600 Millionen Mark ausgegeben worden seien, denen eine Gesamtstaatsausgabe von 7 Milliarden gegenüberstand. Soweit das objektive Recht in Frage komme, sei der soziale Staat bereits in weitem Ausmaße verwirklicht, doch müsse die neue Rechtsordnung, insbesondere auch die neue Sozialordnung, noch mehr soziales Gemeingut des Volkes werden.

Ein Vergleich der Fortschritte in der Sozialfürsorge nach dem Kriege mit der Sozialpolitik der Vorkriegszeit zeige, daß für die Einigung des Volkes und für die Gleichberechtigung der Arbeitnehmerkategorien niemals mehr getan worden sei, als in den letzten vier Jahren.

Neber das Problem der produktiven Arbeitslosenfürsorge gab der Minister seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß sie nur da einsehen könne, wo wertvolle öffentliche Interessen erhalten und geschaffen werden, z. B. bei der

beschlungenen Beschaffung einer neuen deutschen Handelsflotte.

Leider habe man gerade in dieser Hinsicht Vorkürze gegen die Reichsregierung erhoben. Man habe sie angegriffen und beschuldigt, „ungeheure Mittel“ zur baldigen Wiederherstellung der verlorenen Handelsflotte beigesteuert zu haben. Der Wiederaufbau einer starken deutschen Handelsflotte sei notwendig. Damit würde dem deutschen Handel der Weg ins Ausland gebahnt.

Politische Rundschau.

Berlin, den 23. November 1926.

Die Hamburger Bürgerfraktion der Deutschen Volkspartei veranstaltete einen großen parlamentarischen Abend, auf dem Dr. Stresemann in vertraulicher Rede über die deutsche Außenpolitik sprach.

In Niederelbeim wurde der Separatist Erbes verhaftet, der beschuldigt wird, junge Leute für die französische Fremdenlegation anzuwerben zu haben.

Der Präsident des Ostpreussischen Provinziallandtags und Generalvollmachtshaber des Hohenzollernlandes, Erzelenz von Berg, feierte seinen 60. Geburtstag, zu dem ihm die Universität Königsberg die Würde eines Doktors der Theologie ehrenhaft verlieh.

Das Saargebiet steht zu Deutschland. Die neue Sitzungsperiode des saarländischen Landestags wurde mit der Verlesung einer vom Zentrum, Sozialdemokraten und Saarländischer Volkspartei abgegebenen Erklärung eröffnet, in der die deutsch-französische Annäherung begrüßt wird. Zum Schluß heißt es: „Der Landestat als die gewählte Vertretung des Saarvolks hält es in dieser Lage für seine Pflicht, dem einmütigen Wunsch der Bevölkerung feierlich Ausdruck zu geben, daß das Saargebiet in friedlicher Vereinbarung zwischen Deutschland und Frankreich möglichst bald dem übrigen Deutschland zurückgegeben werde.“

Der sächsische Landestag hat sich am 22. November in Dresden abgehalten. In der Sitzung wurde eine Koalition von den Deutschnationalen bis zu den Altsozialisten als beste Lösung des Regierungsproblems bezeichnet und eine Zusammenarbeit mit den Linkssozialisten entschieden abgelehnt. Das ablehnende Verhalten der Altsozialisten wird bedauert. Oberster Grundsatz für die weiteren Verhandlungen sei die Beherrschung einer Linksregierung.

Christliche Gewerkschaften für den Achtstundentag. In einer in Bochum abgehaltenen und von den Vertretern der Christlichen Gewerkschaften stark besuchten Versammlung wurde eine Entschließung angenommen, die die Zentrumspartei aufzufordert, für das Rotteck über die Arbeitszeit und die Wiederherstellung des Achtstundentages einzutreten. Die technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür seien gegeben.

Ein neuer Spartakusbund. In Göttingen haben sich die in den letzten Monaten aus der kommunistischen Partei ausgeschlossenen überradikalen Abgeordneten und Kommunisten zu einem neuen Spartakusbund zusammengeschlossen. Die Richtlinien der Organisation wurden einstimmig angenommen. Als Ziel der Bewegung wird der „Sturz des kapitalistischen Systems“ und die Errichtung einer Räte-diktatur bezeichnet. Die kommunistische Partei wurde als russische Fremdenlegation, Sowjetrußland als ein häuerlicher Heppstall erklärt. Zunächst handelt es sich hier um einen Zusammenschluß von Außenstehenden, als deren Führer Jwan Koz und der Braunschweiger Merges gelten.

Rundschau im Ausland.

Zu Ehren der gefallenen deutschen Soldaten fand in Wien eine würdige Gedächtnisfeier statt, bei der der deutsche Gesandte Graf Verchenfeld die Gedenkrede hielt.

Gegen den früheren polnischen Ministerpräsidenten Grabitz soll ein Strafverfahren eingeleitet werden, weil er das Zinnholz-Monopol ungesetzlich verpackt und dadurch Polen geschädigt hat.

Die holländische Regierung will die Führer des Kommunistenaufstands auf Java nach Neuguinea verschicken.

In Garihaldis Wohnung in Nizza wurden Briefe gefunden, aus denen hervorgeht, daß Garibaldi mit dem Mussoliniantentäter Bonifacio Verbindung hatte.

In Washington wird eine baldige Einigung der Parteien über eine Rückgabe des im Kriege beschlagnahmten deutschen Eigentums erwartet.

Der frühere sinesische Ministerpräsident Tiao Kun hat seinen gesamten Besitz veräußert und den Erlös im Betrage von 15 Millionen Dollars dem geschlagenen und entmutigten Tschen Kweiweis zur Verfügung gestellt.

„Die Polen sind fast im Anruhezustand.“

Das oberbergschlesische Abstimmungsresultat hat im gesamten Ausland große Beachtung gefunden. So sieht z. B. die schweizerische Presse darin einen neuen Beweis für die Unhaltbarkeit der letzten Regelung der oberbergschlesischen Frage. Das polnische Oberbergschlesien sei heute deutlicher denn je. Man habe erkannt, nach welchem Deutsch man mit der Einreise in Polen gemacht habe. Deut-

